

Daily Express, London

nur weil einige der Kumpel Mitglied der unbedeutenden britischen KP sind. Die „Trotzkyist Workers' Revolutionary Party“ dagegen prophezeite Konzentrationslager für aufmüpfige Arbeiter und glaubte auch zu wissen, warum William Whitelaw aus dem Nordirland-Ministerium in das Arbeitsressort abkommandiert wurde: „Er ist der einzige führende Konservative mit Erfahrung im bewaffneten Kampf mit der Arbeiterklasse.“

In der neueren Geschichte verschont von Diktatoren und Revolutionen, fürchten die Briten nunmehr um ihre Demokratie. „Schon manche große Nation“ sei nach derartigen Krisen „in der Diktatur erwacht“, erinnerte das Massenblatt „Daily Mirror“. Und der „Observer“ fragte: „Ist dies der Auftakt für die sozialistische Revolution?“

Nüchterner und wohl zutreffender urteilt der konservative Publizist Peregrine Worsthorne: Er sieht in der gegenwärtigen Krise den Auftakt für die Endphase in der Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterführern und Heath. „Er will die Schlacht gewinnen“, schrieb Worsthorne, „nicht sie umgehen.“ Auch der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes TUC, Len Murray, glaubt: „Er will mit diesen Maßnahmen die Massen schocken.“

Vor zwei Jahren bereits deutete der Premier an, was die Nation unter seiner Führung vor allem benötige: „Feste Nerven und Entschlossenheit.“ Denn: „Wenn der Weg hart ist, den wir gehen, dann nur, weil wir im Herzen wissen, daß eine Abkürzung nicht existiert.“

An den 466 britischen Gewerkschaften aber geht kein Weg vorbei. Mehr als 2000 Streiks jährlich registrierte die britische Industrie seit 1960. Im letzten Jahr allein büßte die Wirtschaft rund 24 Millionen Arbeitstage ein, mehr als Frankreich und Italien zusammen. 66 Prozent der Bürger waren nach einer Umfrage der Meinung: „Die Gewerkschaften haben zuviel Macht.“

So konnte sich Heath ermutigt fühlen, den Gewerkschaften mit einer Politik der „kalkulierten Feindschaft“ (Oppositionschef Wilson) entgegenzutreten.

Gegen den Widerstand der Gewerkschaften, die 118 der 268 Labour-Abgeordneten des Unterhauses nominiert haben, brachte der Premier den „Industrial Relations Act“ durch das Parlament, ein Gesetz, das die Macht der Gewerkschaften im Extremfall mit Geld- und Gefängnisstrafen eindämmen soll. Im November 1972 beschlossen die Konservativen eine rigorose Preis- und Lohnstopp-Politik, mit der sie die Inflation auf der Insel bremsen wollten.

Mehrmals hatte Heath seinen Wählern versprochen: Die „katastrophalen Jahre sozialistischer Regierungen“ seien vorbei, eine Epoche „hoher Produktion, niedriger Preise und hoher Löhne“ beginne nun. Doch Mieten und Lebensmittelpreise stiegen in den letzten fünf Jahren um fast 50 Prozent, für Lohn erhöhungen aber mußten die Gewerkschaften stets erneut kämpfen. So forderte die Stabilitätspolitik die Gewerkschaften zum Widerstand heraus.

Vergebens mahnte des Premiers Chefdenker, Lord Rothschild, im September, England müsse die Illusion aufgeben, es zähle „noch immer zu den mächtigsten, reichsten und erfolgreichsten Staaten“ der Welt: „Wir brauchen die Mentalität, die wir im Zweiten Weltkrieg hatten.“

Doch die gepriesene Versenkung in die Vergangenheit machte Englands Industrie im verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähiger. Mit „erstaunlicher Geschwindigkeit“ („New Statesman“) rutschte die einstige Großmacht „an das Ende der zweiten Liga ab“, und nun „droht der Sturz sogar in die dritte Liga“.

Die Briten traf der Spott des Auslands: Ugandas Staatschef General Amin forderte seine Landsleute auf, für einen „Save-Britain-Fund“ zu stiften. „New York Times“-Witzbold Russell Baker schlug vor: „Siedelt die energiegeladenen Israelis nach England um.“

Angesichts dieser Lage blieb den Briten nur noch eines: der eigene Humor. In der „Times“ sinnierten Patrioten, wie ihr Staat noch zu retten sei: „Können wir für den Prinzen Charles vielleicht eine arabische Prinzessin finden?“ Ein anderer Briefschreiber sah sich daheim um: „Warum nicht die Tochter eines Kumpels?“

EUROPA

Etwas hoch

Nur zwei Tage nach dem Kopenhagener EG-Gipfel gerieten Briten und Deutsche über Zuschüsse für unterentwickelte Gebiete aneinander. EG-Kommissar Dahrendorf: „Die schwerste deutsch-britische Verstimmung seit 1940.“

Wachsender Druck aus Amerika und sinkende Öl-Zufuhr aus Nahost schienen die Europäer aufzurütteln. In Kopenhagen wollten Staats- und Regierungschefs die politische Einigung des Kontinents vorantreiben.

Und tatsächlich blieb es in Kopenhagen nicht bei der von Präsident Pompidou geforderten unverbindlichen Plauderei am Kamin. Präsident, Premiers und Kanzler weckten Hoffnungen, daß Europa in Zukunft nach außen mit einer Stimme sprechen werde. Bis zum 15. Januar sollte der Brüsseler Ministerrat außerdem Sofortmaßnahmen für eine gemeinsame Energiepolitik ausarbeiten.

Doch schon drei Tage nach dem Gipfel zeigte sich, wie dünn die Tünche der Kopenhagener Versprechungen war: EG-Europa ist so zerstritten wie je. Auf



Armut in England
„Das Marne-Wunder wird nicht kommen“

deutsch und englisch artikuliert sich schrill der europäische Gegensatz.

Die Außenminister hatten in Brüssel den vom Pariser 1972er Gipfel angeregten und in Kopenhagen erneut bestätigten Regionalfonds mit Geld ausstatten sollen. Ab 1. Januar wollte die Gemeinschaft dann bedürftige Regionen aus der Brüsseler Kasse unterstützen.

Britanniens Außenminister Sir Alec Douglas-Home, dessen wirtschaftlich angeschlagenes Land dringend Finanzspritzen aus der Gemeinschaftskasse benötigt, verlangte, der Fonds müsse für die ersten drei Jahre mit 10,9 Milliarden Mark ausgestattet werden. Bonns

Gegenoffensive: Die von den Deutschen geforderte gemeinsame Energiepolitik, wirkliche Fortschritte in der Wirtschafts- und Währungsunion und der Regionalfonds seien ein Paket. Sir Alec: „Ohne einen befriedigenden Regionalfonds wird es keine gemeinsame Energiepolitik geben.“

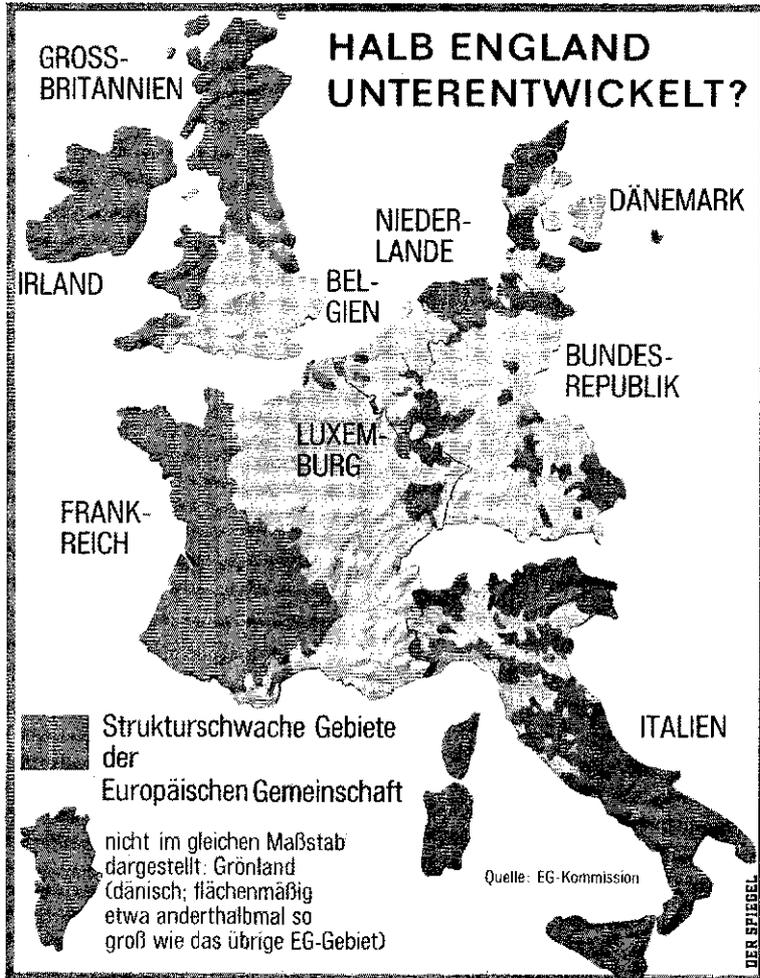
Nun wurde der Deutsche zornig. Die Energiesolidarität, so belehrte Apel den Briten, sei die Basis der Gemeinschaft. „Man kann sie sich nicht gegenseitig abkaufen.“ Damit stürmte Apel aus dem Saal. Der nach ihm verlangenden Ministerrunde ließ er ausrichten: „Ich

kehren müsse, aus dem es 1972 wegen der Pfundkrise ausgesichert war.

Als Sir Alec auch diesen Vorschlag nicht akzeptieren wollte, fragte Apel bissig: „Heißt das, daß Großbritannien bis Mitte 1974 nicht in der Lage sein wird, sich dem Währungsverbund anzuschließen?“ Der Brite, dessen Land einen solchen Schritt gegenwärtig nicht verkraften könnte, schwieg. Wenig später, nachdem er die Forderung auf Koppelung von gemeinsamer Energiepolitik und Regionalfonds wiederholt hatte, verließ Sir Alec den Ministerrat. Bonns Unterhändler Apel verglich die Situation mit dem Ersten Weltkrieg: „Die Briten hoffen hier auf ein Marne-Wunder — aber das wird nicht kommen.“ Bonns EG-Kommissar Dahrendorf griff auf den Zweiten Weltkrieg zurück: „Die schwerste deutsch-britische Verstimmung seit 1940.“

Bonn hatte mit nötiger Klarheit, aber unnötiger Härte dargetan, daß die Bundesrepublik nicht bereit ist, Hunderte von Millionen Mark für immer wieder aufgeschobene wirtschaftliche und strukturelle Reformen ihrer Partner auszugeben. Apel: „Wir sind nicht die Schatzmeister der EG.“

Damit aber müssen die Briten fest gerechnet haben. Der irische Außenminister Fitzgerald, der Londons Forderungen in Brüssel unterstützte, warnte: „Ohne einen anständigen Regionalfonds wird die EG-Mitgliedschaft Englands in Frage gestellt.“



SOWJET-UNION

Wichtige Hilfe

Nach einer Rekord-Ernte plant Breschnew eine Reform der Landwirtschaft. Die Regierungszeitung „Iswestija“ empfiehlt das Gegenteil.

Vorigen Mittwoch, einen Tag nach Willy Brandt, feierte Sowjet-Parteichef Leonid Breschnew Geburtstag — glücklich: Das vergangene Lebensjahr hat ihm Erfolg gebracht. Seinen größten Sieg errang Breschnew, 67, an einer Front, die über das Schicksal jeder sowjetischen Regierung entscheidet: in der Landwirtschaft. 1973 wurde die größte Ernte in der Geschichte Rußlands eingebracht. Wie hoch der Rekord genau ausfiel, ist allerdings strittig.

Das US-Landwirtschaftsministerium, neuerdings auch für die Ernährung der Sowjetbürger zuständig, schätzte im Juli 1973 195 Millionen Tonnen Getreide. Geplant waren 1974 194 Millionen Tonnen, die wurden — laut „Iswestija“ im Oktober — „erreicht“. Das wären schon 30 Millionen Tonnen mehr als in der Mißernte des Vorjahres und etwa ebensoviel, wie von den Kapitalisten dazugekauft werden mußte.

Es gab seltsame Zahlenspiele: Am 9. Oktober meldete Ukraine-Parteichef Schtscherbizki für sein Bundesland in

Kanzler Brandt fand die britischen Wünsche „etwas hoch“. Denn die Bundesrepublik, die 28 Prozent dieses Fonds beizusteuern hätte, bekommt nur 8 Prozent für ihre eigenen Notstandsgebiete heraus. London hingegen hat Britanniens gesamten Norden für unterentwickelt erklärt und möchte abkassieren.

Apel ließ sich von Finanzminister Helmut Schmidt nicht nur seinen Verhandlungsspielraum genau abstecken, er praktizierte auch einen harten Verhandlungsstil, den die Europäer von Bonn-Vertretern bislang nicht gewohnt waren: 2,2 Milliarden seien genug für den Fonds. Apels Gesprächspartner waren entsetzt. Sir Alec startete die

kann jetzt nicht. Ich gratuliere dem Bundeskanzler zum Geburtstag.“

Der Däne Nørgaard, turnusmäßiger Präsident des Ministerrates, mußte feststellen: „Die Gemeinschaft ist zum Stillstand gekommen.“ Dann machte sich Nørgaard daran, einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten: Die Ministerrunde sollte zunächst einmal nur über die Mittel für das erste Jahr beschließen. Die Mehrzahl der Minister stimmte zu, auch Apel empfand den Gedanken des Dänen als „im Grundsatz richtig“. Allerdings wollte Bonn die Aufstockung des Fonds Mitte 1974 davon abhängig machen, daß dann zumindest Großbritannien in den Währungsverband des EG-Staaten zurück-